

Jubel im Unnaer Stadtrat: Meinold Schmidt gibt Mandat ab

Unna. Der umstrittene Lokalpolitiker Meinolf Schmidt hat seinen Sitz im Rat der Stadt Unna abgegeben. Damit endet auch die Geschichte der Freien Wähler in Unna.

Von Sebastian Smulka

Es war eine nüchterne Mitteilung von Bürgermeister Dirk Wigant, die im Rat der Stadt Unna nun spontanen Jubel ausgelöst hat: Wigant informierte die Mitglieder des Gremiums darüber, dass der Rat für den Rest der Wahlperiode einen Sitz kleiner sei als bislang. Grund dafür sei, dass Meinolf Schmidt sein Mandat nun abgegeben habe und kein Nachrücker auf ihn folge.

Schmidt war viereinhalb Jahre lang eher passives Mitglied des Rates und insbesondere bei der Freien Liste und Wir für Unna regelrecht verhasst. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner nannte Schmidt bis zuletzt einen Wahlbetrüger.

Amtsgericht hatte Schmidt schuldig gesprochen

Tatsächlich hatte das Amtsgericht Unna nach der Kommunalwahl 2020 einen Strafbefehl mit einer Geldstrafe gegen Schmidt erlassen. Grund dafür war, dass die Kandidatenaufstellung der Freien Wähler, als deren Spitzenkandidat Schmidt in den Stadtrat eingezogen war, in Teilen fingiert worden war.

Trotz der erwiesenen Regelverstöße war es nicht möglich, Schmidt das Mandat mit rechtlichen Mitteln zu entziehen. Denn das Urteil des Gerichtes kam erst nach Abschluss der Wahlprüfung in Unna zustande, die dann schon Rechtskraft hatte.

An Sitzungen nahm Schmidt in den zurückliegenden viereinhalb Jahren kaum teil. Dennoch bezog er Aufwandsentschädigungen nach Vorgaben der NRW-Entschädigungsverordnung. Sie sieht für ein einfaches Ratsmitglied



Meinolf Schmidt auf seinem Kandidatenfoto für die Freien Wähler 2020. Wie Bürgermeister Dirk Wigant bekannt gegeben hat, hat Schmidt sein Ratsmandat nun doch abgegeben. Über Jahre hinweg war er dazu immer wieder aufgefordert worden.

FOTOS HA ARCHIV



Klaus Göldner von der Freien Liste zählt zu den schärfsten Kritikern von Meinolf Schmidt. Immer wieder hat er dem FW-Mann vorgeworfen, die städtischen Aufwandsentschädigungen für ein Ratsmandat zu Unrecht und ohne Gegenleistung einzustreichen.

aktuell 428,40 Euro monatlich vor. Als Grund für sein Fehlen gab Schmidt zuletzt eine psychische Erkrankung

an, die es ihm nicht möglich mache, sich in größeren Menschenansammlungen aufzuhalten. Dafür habe er sich im

Rathaus stets abgemeldet und ein Attest vorgelegt.

Forderungen, sein Mandat abzugeben, hatte Schmidt in

den bislang viereinhalb Jahren dieser Ratsperiode ignoriert. Was nun seinen Gesinnungswandel bewirkt hat, ist nicht übermittelte.

Vor kurzem allerdings wurde bekannt, dass Schmidt eine Rolle bei der Wiederbelebung einer Veranstaltungsgastronomie im Sudhaus der Lindenbrauerei spielen soll. Nach seinen Worten agiere er dort aus dem Hintergrund, um Telefonate zu führen und Verträge auszuarbeiten. „Das ist vielleicht ein erster Schritt zurück in ein normales Leben“, hatte Schmidt gegenüber unserer Redaktion erklärt. Mit Schmidts Ausscheiden aus dem Rat endet dort zugleich die Geschichte der Freien Wähler. Sein Mandat werde nicht anderweitig vergeben, weil es die Reserveliste der Freien Wähler nach deren Auflösung nicht mehr gebe, so der Bürgermeister.